

KV20160217-1neu Positionierung des KV zur aktuellen Flüchtlingssituation (MV 17.02.2016)

Gremium: Kreisvorstand Gelsenkirchen (Mit Änderungen von Martina und Manni)

Beschlussdatum: 03.02.2016

1 In der Diskussion nach den Ereignissen in Köln werden Sexismus bzw. sexistische
2 Übergriffe und die aktuelle Flüchtlingsthematik zusammen miteinander verknüpft.
3 Wir werden diese Vermischung nicht mitmachen: Die Übergriffe sind Straftaten,
4 die verfolgt werden müssen, und Sexismus muss als Problem konkret angegangen
5 werden. Mit der Bewältigung der aktuellen Flüchtlingssituation hat dies jedoch
6 nur wenig zu tun.

7 Wir dürfen unsere Grundwerte und ein Grundrecht - wie das auf Asyl - nicht
8 aufgeben. Über Obergrenzen zu diskutieren erscheint uns wirklichkeitsfremd. Das
9 Problem wird nur weiter geschoben und an der Grenze werden die Augen vor dem
10 Leid von Menschen verschlossen.

11 Anstatt solche Symbolpolitik zu betreiben, braucht es ein schnelles und
12 effizientes Asylmanagement und Registrierungssystem. Asylanträge müssen
13 schneller und fair bearbeitet werden, anstatt sich zu stapeln.

14 Mit dem Hinweis auf Dublin II die Verantwortung auf Italien und Griechenland
15 abzuschieben empfinden wir als heuchlerisch. Mit einer solchen Aussage würde
16 sich die Bundesrepublik aus ihrer Verantwortung zurück ziehen und könnte sich
17 als reichster EU-Binnenstaat zurücklehnen. Dies ist auch viel zu lange so
18 geschehen. Statt dieser Kopf in den Sand Politik braucht es eine gemeinsame
19 europäische Lösung, die auch die Verteilung von Flüchtlingen europäisiert
20 Darüber hinaus müssen international die aktuell stattfindende sowie die zu
21 erwartenden Wanderbewegungen thematisiert und nach Lösungen gesucht werden. In
22 einer globalisierten Welt gibt es keine Möglichkeit sich wegzuducken.

23 Das Konzept „sicherer Herkunftsstaaten“ lehnen wir weiterhin ab. Die Situation
24 von z.B. Roma in den bisherigen angeblich „sicheren Herkunftsstaaten“ empfinden
25 wir als höchstproblematisch und die Anerkennungsquoten in anderen europäischen
26 Ländern machen deutlich, dass auch andere Länder ihre Bedenken haben. Eine
27 Ausweitung auf die Staaten Nordafrikas halten wir aber nicht nur aufgrund der
28 mangelnden Wirkung des Konzeptes für hilflose Symbolpolitik. Demokratische und
29 rechtstaatliche Indikatoren lassen eher Zweifel daran aufkommen, dass dort
30 politische Verfolgung wirklich ausgeschlossen ist. Perspektivlosigkeit in diesen
31 Ländern führt schon länger zu einer kaum zu regulierenden Wanderbewegung. Das
32 Umgehen mit problematischen Gruppen erfordert andere Maßnahmen.

33 Als extrem problematisch empfinden wir die neuen Beschlüsse der Bundesregierung
34 den Familiennachzug zu begrenzen. Ein solches Vorgehen zwingt Frauen und Kinder
35 auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer , um zu den Männern und Vätern in
36 Europa zu gelangen. Hier braucht es eine humane Lösung.

37 Integration forcieren

38 Auch für die Integration ist ein solcher Familiennachzug wichtig. Nur wenn wir
39 Menschen hier eine Perspektive bieten – und dazu gehört natürlich auch das
40 Zusammenleben mit der Familie – können wir erwarten, dass sie sich auch als Teil
41 der Gesellschaft fühlen. Nur wer ohne Angst um seine Liebsten hier lebt, kann
42 alle Angebote zu Bildung, Sprachförderung, Arbeit sowie weitere
43 Integrationsmaßnahmen unbeschwert angehen.

44 Zentrales Element zur Integration ist dabei auch die Schnelle des
45 Asylverfahrens. Je schneller dieses geklärt ist, desto schneller herrscht
46 Klarheit, und Wege zu Arbeit und Integrationskursen können besprochen werden.

47 Die Integration der Zugewanderten stellt natürlich die große Herausforderung für
48 die Stadtgesellschaft dar. In Gelsenkirchen unterstützen wir die Stadtverwaltung
49 in ihrer Planung der dezentralen und stadtweiten Unterbringung. Wir erleben
50 viele engagierte Bündnisse und Personen, die deutlich machen, dass nicht nur
51 während der WM „die Welt zu Gast bei Freunden“ sein kann. Hier ist allen
52 Engagierten großer Dank auszusprechen.

53 Nichtsdestotrotz sind Unterbringung und Integration bundesweit für die Kommunen
54 eine finanzielle Herausforderung. Die positive Steuerentwicklung wird ihren
55 Beitrag dazu leisten, dies aufzufangen. Für uns gilt aber eine ganz deutliche
56 Prämisse bei allen Fragen der Finanzierung von Flüchtlingshilfe: Es darf nicht
57 eine Gruppe gegen eine andere ausgespielt werden. Soziale Kürzungen oder
58 Einsparungen bei den Ärmsten der Gesellschaft oder auch die weitere Belastung
59 kleiner und mittlerer Einkommen halten wir nicht nur inhaltlich für falsch,
60 sondern auch für gefährlichen sozialen Sprengstoff gegen den Zusammenhalt der
61 Gesellschaft.

62 Bürgerwehren zu gründen, bringt uns in einer solch angespannten Situation nicht
63 weiter und macht den Ordnungskräften nur mehr Arbeit. Berichte über
64 Personenkontrollen in Buer durch solche Gruppierungen haben unsere Ablehnung
65 bestätigt. Der Instrumentalisierung sexistischer Übergriffe gegen Frauen, für
66 rassistische Hetze und zum Schüren von Gewalt, stellen wir uns klar entgegen.

67 Fluchtursachen angehen

68 Nicht zuletzt darf nicht vergessen werden, dass jede Flucht ihre Ursache hat.
69 Niemand verlässt freiwillig sein Zuhause, begibt sich auf dem Meer in
70 Lebensgefahr und nimmt lange Wanderschaft auf sich. Um dies zu verhindern,
71 braucht es unter anderem eine vorausschauende und friedensorientierte
72 Außenpolitik, nachhaltige und lokale Wirtschaft unterstützende
73 Entwicklungspolitik und globalen Einsatz für Klimaschutz.